

# Befreiungsmythen

## Plädoyer für die Revision einiger Leitvorstellungen der Dritte-Welt-Bewegung\*)

Von Roger Peltzer

Unter dem Stichwort „Befreiungshilfe“ wird in den „Blättern“ zur Zeit eine Diskussion über die Umriss einer alternativen Entwicklungspolitik geführt. Während Thomas Fues Alternativen zur Entwicklungshilfe im engeren Sinne thematisiert hat („Blätter“, 8/1988), weist Rainer Falk zu Recht darauf hin, daß in diesem Kontext über die gesamte Außen- und Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik und der Industrieländer gegenüber der Dritten Welt diskutiert werden muß („Blätter“, 2/1989).

Hatten solche Diskussionen bis vor kurzem noch einen recht akademischen Charakter, so machen die Koalitionsvereinbarungen zwischen Alternativer Liste und SPD in Westberlin und die vergleichbare Perspektive in der „World City“ Frankfurt schlagartig deutlich, daß die Dritte-Welt-Bewegung schneller als erwartet mit der Notwendigkeit konfrontiert sein kann, politikfähige Alternativen zur jetzigen bundesdeutschen Politik gegenüber der Dritten Welt zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen.

Eine kritische Aufarbeitung des herausragenden Ereignisses von Dritte-Welt-Arbeit in den letzten Jahren – die Mobilisierung anlässlich der letztjährigen Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Westberlin – zeigt allerdings, daß diese Arbeit noch weitgehend von „Mythen“ lebt. In der Kampagne zu der IWF-Tagung, die als der Beginn eines „neuen Internationalismus“ gefeiert wird, wurden Terminologie und Erklärungsmuster eines „alten“ Internationalismus zu neuem Glanz aufpoliert, dessen Lack in der Ersten, der Zweiten (!) und der Dritten Welt zunehmend abblättert. Dies gilt für die strikte Ablehnung jeglicher Weltmarktintegration genauso, wie für die pauschale Verurteilung neuerer IWF/Weltbank-Politiken als moderne Fortsetzung der jahrhundertelangen Ausplünderung der Dritten Welt.

Eine solche Argumentation, die sich klassisch auch in dem genannten Aufsatz von Rainer Falk findet, sieht in der Handhabung der Schuldenkrise eine Politik der westlichen Industrieländer zur „weitestmöglichen Verhinderung . . . der Entwicklung von unterentwickelten Ländern, um künftige Konkurrenten nicht zu fördern“<sup>1)</sup>. Die Privatisierungs- und Deregulierungsaufgaben von IWF und Weltbank sind aus dieser Sicht nur ein weiterer Beweis, daß die genannten

---

\*) Dieser Aufsatz basiert auf einem anlässlich einer Tagung des Institutes für Internationale Politik über die Bewertung der Politik von IWF und Weltbank vorgelegten Thesenpapier. Alle Referate und Diskussionsbeiträge dieser Tagung werden in „epd-Entwicklungspolitik-Materialien“, 4/1989, dokumentiert.

1) So der Wirtschaftswissenschaftler und Theologe Franz J. Hinkelammert, zitiert nach Rainer Falk, Das Projekt Befreiungshilfe, in: „Blätter“, 2/1989, S. 214.

Institutionen das Geschäft der Eliten in der Ersten und Dritten Welt auf Kosten der Armen betreiben.

Derartige Erklärungsmuster verschließen sich zwei Tatsachen:

- Die besten Geschäfte machen deutsche Unternehmen nicht mit krisengeschüttelten Entwicklungsländern, sondern mit prosperierenden Konkurrenzländern. Während die Bedeutung des Handels mit der Dritten Welt insgesamt für alle Industrieländer in den letzten Jahrzehnten dramatisch abgenommen hat, intensivieren sich die Handelsbeziehungen mit den „erfolgreichen“ Entwicklungsländern, in denen z. B. bundesdeutsche Anlagenbauer wettbewerbsfähige Konkurrenzindustrien (Stahlwerke in Südkorea) aufgebaut haben<sup>2)</sup>. Die Schuldenkrise wird denn mittlerweile auch von allen etwas weiter blickenden Unternehmern und Bankern als das entscheidende Hindernis für den profitablen Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit einer Reihe von „interessanten“ Schwellenländern gesehen.
- Die weltweite Renaissance des Kapitalismus ist weitgehend das Resultat des Scheiterns staatssozialistischer und bürokratischer Entwicklungsmodelle.

Alle Versuche, die Umrisse einer alternativen „Befreiungshilfe“ zu definieren, werden deshalb zunächst dabei ansetzen müssen, die vorherrschenden Paradigmen der linken Diagnose der Ursachen von Entwicklung und Unterentwicklung zu entrümpeln<sup>3)</sup>. Dabei müssen die nun seit 60 Jahren vorliegenden Erfahrungen mit Entwicklungsmodellen aufgearbeitet werden, die versucht haben, sich der Logik des kapitalistischen Weltmarktes zu entziehen. Eine Argumentation, die lediglich die negativen Seiten der gegenwärtigen Verfassung der kapitalistischen Weltwirtschaft aufzeigt, sich aber der Frage nach konkreten und realitätstüchtigen Alternativen verweigert, läuft insbesondere angesichts von Perestroika und Glasnost<sup>4)</sup> Gefahr, politisch völlig ins Abseits zu geraten.

Dieser Aufsatz versucht, die notwendige Überprüfung einiger Axiome des „linken Weltbildes“ exemplarisch an der Auseinandersetzung mit der so ge-

---

2) Wenn heute im Sozialkundeunterricht oder an der Volkshochschule über die Beziehungen Dritte Welt – Bundesrepublik gesprochen wird, kann man sicher sein, daß ausgiebig dargelegt wird, wie der Verbraucher, der Staat und insbesondere die Multis von den Hungerlöhnen profitieren, die an die Arbeiter in den Bananen- und Kaffeepflanzungen Lateinamerikas gezahlt werden. Ausgesprochen selten dürfte davon die Rede sein, daß es auch eine Facette der Beziehungen Bundesrepublik – Dritte Welt ist, daß sich die Repräsentanten von Wirtschaftsförderungsgesellschaften aus dem norddeutschen Raum in Südkorea, Taiwan, Thailand, aber auch der VR China die Klinken in die Hand geben, um dort für Bremen, Hamburg und andere Städte Investitionen und Niederlassungen einzuwerben.

3) Ein Paradigma, das Dritte-Welt-Arbeit immer noch weitgehend prägt, ist die Dependenztheorie. Mit ihrem Schwerpunkt „Dependenztheorie am Ende?“ haben die „blätter des iz3w“ (Nr. 154) damit begonnen, die im akademischen Raum und in Lateinamerika schon vor vielen Jahren einsetzende Infragestellung von Kernaussagen der Dependenztheorie einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dies ist ein Beitrag zur notwendigen Entrümpelung.

4) Vgl. Sowjetunion – Dritte Welt: „Ohne Dogmen und Schablonen“, Auszüge aus einem Expertengespräch der Moskauer „Neuen Zeit“, veröff. in „epd-Entwicklungspolitik“, 22/1988, S. v1. In diesem Gespräch nehmen die beteiligten sowjetischen Dritte-Welt-Spezialisten ihrerseits eine gründliche Revision bisher in der Sowjetunion vorherrschender Einschätzungen vor.

nannten Politik der Strukturanpassung von Weltbank und IWF zu entwickeln<sup>5)</sup>.

### *Globale und nationale Entwicklungshemmnisse*

Der neueren sogenannten „Strukturanpassungspolitik“ von IWF und Weltbank liegen zwei Thesen oder Annahmen zugrunde: Zum einen die These, daß die meisten Entwicklungsländer nur durch eine grundlegende Reform ihrer Wirtschafts- und Ordnungspolitik (endogene Krisenfaktoren) zu einem befriedigenden Entwicklungspfad zurückfinden können, zum anderen die Annahme, daß die Entwicklungsländer mit Hilfe solcher Reformen wieder „kreditwürdig“ werden, neues Geld bekommen und so langfristig aus ihrer Verschuldungskrise (exogener Krisenfaktor) herauswachsen. In der Zwischenzeit hat sich gezeigt, daß der der zweiten Annahme zugrundeliegende Optimismus mehr als hohl ist. Der Baker-Plan, der den Entwicklungsländern neues Geld bringen sollte, ist trotz enormer Anpassungsleistungen in diesem Teil der Welt auf der ganzen Linie gescheitert. Den neuesten Zahlen zufolge betrug vielmehr der Nettokapitaltransfer der 17 am höchsten verschuldeten Entwicklungsländer in die Industriestaaten 1988 31,8 Mrd. Dollar<sup>6)</sup>.

Ein Verdienst der IWF/Weltbank-Kampagne ist es, die Insidern längst bekannte Tatsache, daß ohne einen Schuldenerlaß kein nachhaltiger Erfolg von Reformanstrengungen in den Entwicklungsländern möglich ist, einer breiteren Öffentlichkeit verständlich gemacht zu haben. Nun wird aus diesem berechtigten Hinweis auf die entscheidende Rolle der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Erfolg der Entwicklungsanstrengungen vieler Länder (unbedingt zu nennen wären in diesem Zusammenhang auch die Notwendigkeit von Exporterlösstabilisierung und Importliberalisierung in den Industrieländern) oft geschlußfolgert, daß auch die IWF-These von der notwendigen Strukturanpassung in den Entwicklungsländern bzw. die Kernelemente einer solchen Politik abzulehnen seien.

Demgegenüber ist festzuhalten, daß die Krise der Entwicklungsländer interne und externe Ursachen hat. Nachdem in den 70er und Anfang der 80er Jahre primär über die externen Ursachen diskutiert worden ist, werden heute auch wieder stärker die hausgemachten Ursachen diskutiert. Die Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank zielt insbesondere auf die internen Ursachen. Dem liegt der plausible Gedanke zugrunde, daß auch angesichts äußerst widriger Rahmenbedingungen immer noch die Wahl zwischen mehr oder weniger rationalen Politikalternativen in bezug auf bestimmte Ziele (z. B. Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, Armutsbekämpfung) möglich ist. Vor diesem Hintergrund darf der Verweis auf die in der Tat katastrophalen

---

5) Der Beitrag zielt insbesondere auf die vor 10 Jahren eingeleitete Strukturanpassungspolitik der Weltbank. Zum Teil wird aber auch auf die klassischen IWF-Auflagen eingegangen. Eine Differenzierung zwischen IWF und Weltbank findet nicht statt.

6) Vgl.: „A Whole New Look“ At Baker's Debt Plan, in: „Washington Post“, 22. Dezember 1988.

Rahmenbedingungen keine Entschuldigung dafür sein, nicht die eigenen fehlerhaften Politiken zu korrigieren.

Der vorliegende Aufsatz konzentriert sich fast ausschließlich auf jenen Aspekt der Strukturanpassungspolitik, der auf die inneren Ursachen der Krise vieler Entwicklungsländer zielt.

### *Die Strukturanpassungspolitik der Weltbank*

Ausgangspunkt der Strukturanpassungsprogramme der Weltbank ist die desolante wirtschaftliche Verfassung vieler Entwicklungsländer: rückläufiges Pro-Kopf-Einkommen, überbewertete Währungen, deren Folgen u. a. Schmuggel und Korruption sind, wachsende Haushaltsdefizite, die die Staatsapparate weitgehend handlungsunfähig machen, eine galoppierende Inflation von 100% und mehr, marode, meist staatliche Industriebetriebe, die mit Kapazitätsauslastungen von unter 20% produzieren, zurückgehende landwirtschaftliche Produktion etc. Der Einführung der Strukturanpassungsprogramme der Weltbank lag der Grundgedanke zugrunde, daß die bis dahin im Vordergrund stehende Förderung von einzelnen Projekten in vielen Ländern durch wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen wie überbewertete Wechselkurse, negative Realzinsen, regulierte Preise und Haushaltsdefizite konterkariert wird. Ergänzend zu der schon vorher praktizierten Auflagenpolitik des IWF begann die Weltbank deshalb vor ca. 10 Jahren, nicht projektgebundene Globalkredite in Abhängigkeit von der Einigung über sehr detaillierte Strukturanpassungsprogramme zu vergeben<sup>7)</sup>.

Diese Programme enthalten in der Regel

- außenwirtschaftliche Komponenten: Abwertung, Einführung von Marktmechanismen für die Festlegung des Wechselkurses, Abbau von Zollschränken;
- haushaltsbezogene Komponenten: auf der Einnahmenseite Reform des Steuersystems, auf der Ausgabenseite Kürzungen oder Streichung von Subventionen, Maßnahmen zur Effizienzsteigerung öffentlicher Ausgaben;
- wirtschaftspolitische Liberalisierung: Aufhebung von Preiskontrollen, Anhebung der Energiepreise und Privatisierung von Staatsunternehmen;
- Änderung der Kreditpolitik, insbesondere die Einführung von positiven Realzinsen.

### *Bewertung der Strukturanpassungspolitik*

Der grundsätzlichen Logik des Strukturanpassungsarguments kann im Rahmen des oben Gesagten wenig entgegengesetzt werden. Gerade auch am Beispiel fortschrittlicher Regierungen (z. B. Nicaragua) läßt sich aufzeigen, wel-

<sup>7)</sup> Das erste Strukturanpassungsprogramm wurde Anfang 1980 in der Türkei aufgelegt. Vgl. dazu das Referat von Peter Wolff „Das Länderbeispiel Türkei“ auf der genannten Tagung des Instituts für Internationale Politik.

che negativen Auswirkungen gutgemeinte, aber nicht durchdachte wirtschaftspolitische Entscheidungen auf vernünftig konzipierte Projekte haben<sup>8)</sup>.

Auch wenn die bekanntgewordenen Hungerrevolten sich, soweit bekannt, nicht gegen die Strukturanpassungsprogramme der Weltbank richten, ist es unbestreitbar und von der Weltbank mittlerweile selbst in Studien gut dokumentiert, daß die Durchführung dieser Programme zunächst einschneidende Konsequenzen für den Lebensstandard breiter Bevölkerungskreise haben kann (Verarmung). Der sich daran entzündenden Kritik sind allerdings die folgenden Argumente entgegenzuhalten:

- Die desolote wirtschaftliche Lage vieler Entwicklungsländer ist nicht das Ergebnis, sondern der Ausgangspunkt der Strukturanpassungsprogramme.
- Den zunächst eintretenden sozialen Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme versucht die Weltbank mittlerweile (sicher in erster Linie aufgrund der öffentlichen Kritik) durch eine soziale Abfederung ihrer Politiken Rechnung zu tragen (Staatsbedienstete, die entlassen werden, bekommen Kredite für den Aufbau einer eigenen Existenz, etc.).
- Bei der Kritik einzelner Maßnahmen der Strukturanpassungspolitik sind auch die Kosten der Alternativen mitzubedenken. Angesichts desolater staatlicher Finanzen ist eine Alternative zur Nichtentlassung die weitere Verringerung der Gehälter aller Beschäftigten, was die Korruption bzw. die Ausweitung des Lohnanteils zu Lasten dringend benötigter Investitionen fördert<sup>9)</sup>.
- Entgegen einem weitverbreiteten Vorurteil treffen die Strukturanpassungsprogramme nicht immer und nicht in erster Linie die Ärmsten der Armen. Viele Subventionen, deren Kürzung von der Weltbank gefordert wird, begünstigen in erster Linie die Bessergestellten. Die sehr niedrigen Energiepreise in einer Reihe von Erdölländern (Nigeria, Mexiko) stellen nun mal eine gigantische Subventionierung der Autobesitzer dar, die eben nicht zu den ärmsten 80% der Gesellschaft zählen. Natürlich werden so indirekt auch die Preise des Busverkehrs niedrig gehalten. Dies könnte man aber auch wesentlich effizienter, d. h. mit weniger Einnahmeverlusten für den Staat erreichen<sup>10)</sup>.
- Welche unerwünschten Konsequenzen ein mit besten Intentionen betriebene Sozialpolitik haben kann, zeigt ein Beispiel aus Nicaragua. Die lange durchgehaltene deutliche Subventionierung der Brotpreise führte dazu, daß es für Bauern und Staatsbetriebe ökonomisch eine zeitlang sinnvoll war, Brot an

---

8) Mit ihren Austeritätspaketen hat die nicaraguanische Regierung im letzten Jahr eine ganze Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergriffen, die mit den üblichen IWF/Weltbank-Auflagen viel Ähnlichkeit haben. In „envio“, Nr. 85, Juli–August 1988, S. 11 ff. findet sich eine interessante Analyse dieser Maßnahmen, sowie eine aufschlußreiche selbstkritische Bewertung einiger Grundzüge der sandinistischen Wirtschaftspolitik.

9) Zum Thema Alternativen zu den von IWF/Weltbank empfohlenen Strukturanpassungsprogrammen vgl. den Diskussionsbeitrag von Thomas Siebold zum Fall Ghana in der Dokumentation genannter Tagung.

10) In ihrem Weltentwicklungsbericht vom Juni 1988 („Public finance in development“) führt die Weltbank eine Vielzahl von Beispielen an, wie theoretisch durch eine Einsparung von Subventionen bei gleichzeitiger Durchführung von zielgruppenspezifischen Programmen mehr soziale Gerechtigkeit geschaffen und Geld gespart werden kann.

die Tiere zu verfüttern, anstatt selbst Mais anzubauen. Dies bedingte wiederum einen steigenden Importbedarf an Grundnahrungsmitteln und somit einen Rückgang der für Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stehenden Devisen.

### *Weltmarktorientierung*

Ein zentrales Argument in der Auseinandersetzung mit IWF und Weltbank lautet, deren Politiken zielten nach Satzung und Selbstverständnis beider Institutionen auf eine intensivere Integration der Entwicklungsländer in den Weltmarkt. Ein solches Entwicklungsmodell sei aber grundsätzlich abzulehnen.

Nun weist das gegenwärtige Muster kapitalistischer Weltmarktintegration in der Tat die bekannten systematischen Strukturdefizite auf:

- die überwiegend katastrophalen ökologischen Folgen der weltweiten Ausbreitung des in West und Ost gleichermaßen verfolgten Industrialisierungsmodells und eines wachsenden Welthandels;
- die tendenzielle Vergrößerung des Wohlstandsgefälles zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und innerhalb der letzteren zwischen arm und reich (wobei Ausnahmen möglich sind, siehe Südostasien);
- die Ersetzung der direkten politischen Dominanz (Kolonialzeit) durch ökonomisch vermittelte Dominanzstrukturen.

Zu diesen Aussagen steht nicht im Widerspruch, daß eine Reihe von guten Gründen dafür spricht, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die sich bewußt und rational auf die Weltmarktgegebenheiten bezieht.

1. Trotz aller Einschränkungen sind Weltmarktpreise immer noch Wettbewerbspreise, die am ehesten eine rationale Allokation (Verwendung) knapper Ressourcen steuern können. Nicht umsonst sind fast alle sozialistischen Länder nach jahrzehntelangen fruchtlosen Bemühungen, auf der Marxschen Arbeitswertlehre eine eigene Preis- und damit Allokationstheorie aufzubauen, dazu übergegangen, der Evaluierung von großen Investitionsvorhaben wieder Weltmarktpreise zugrunde zu legen. Die Kosten-Nutzen-Analyse, die auf der Verwendung von Weltmarktpreisen basiert, feiert zur Zeit in der Sowjetunion ein großes Comeback.

Eine Investitionspolitik, die sich u. a. konsequent an Weltmarktpreisen orientiert und auch alle potentiellen negativen Umweltwirkungen bewertet und in die Analyse einbezieht, kann helfen, viele weiße Elefanten und irrwitzige Großprojekte zu verhindern. So ist das Scheitern des Flußumleitungsprojektes in der Sowjetunion u. a. darauf zurückzuführen, daß nach den ersten massiven Protesten damit begonnen worden ist, den ökonomischen Nutzen dieses Vorhabens durchzurechnen. Und da stellte sich heraus, daß es sich um ein gigantisches Beschäftigungs- und Prestigeprojekt für die verschiedensten aufgeblähten

ten Wasserbehörden mit negativem ökonomischen Nutzen handelte<sup>11)</sup>. Die Parallele zu einer Reihe von großen Prestigevorhaben im kapitalistischen Teil der Welt (brasilianisches Atomprogramm) ist unübersehbar.

2. Vor diesem Hintergrund steht eine Wirtschaftspolitik, die sich an Weltmarktpreisen orientiert, auch nicht im Gegensatz zu dem Gedanken der *self reliance*. Im Gegenteil: über eine rationale am Weltmarkt orientierte Festsetzung von Preisen wird es in der Regel zu einer besseren Mobilisierung einheimischer Ressourcen kommen. Die in fast allen Anpassungsvereinbarungen enthaltene Abwertung führt zu einer Verteuerung der Importe und damit zu einer Verminderung des importierten Luxuskonsums (z. B. Pkw). Dieser Effekt ist in einer Reihe von Ländern statistisch nachweisbar, in denen Anpassungsprogramme durchgeführt werden. Auf der anderen Seite begünstigt die Abwertung Produktionen mit einer hohen lokalen Wertschöpfung. Das Zurückschrauben des teuren und ernährungsphysiologisch schädlichen Konsums von Weizenmehl zugunsten des erhöhten Konsums von lokal angebautem Sorghum ist eine Folge von sinnvoller Strukturanpassung. Insofern ergibt sich zum Teil die kuriose Situation, daß die Umsetzung der Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank zu mehr *self reliance* führt, als die in diesem Namen vor 20 Jahren eingeleiteten Industrialisierungspolitiken mit dem Aufbau von unrentablen Montageindustrien, die völlig importabhängig sind.

3. Vor diesem Hintergrund sind eine Reihe von Weltbankprojekten positiv zu bewerten. Wenn die Weltbank z. B. in der VR China, in Indien und Mexiko mit Milliarden von Dollar die Modernisierung der einheimischen Stahlindustrien fördert, dann hat das nicht nur ökologisch vielfach positive Konsequenzen (Installation moderner Produktions- und Filtertechnologien, Senkung des Stahlverbrauchs aufgrund drastisch verbesserter Stahlqualitäten), es macht auch ökonomisch Sinn: aufgrund der jeweils reichlich vorhandenen lokalen Rohstoffe und der daraus abgeleiteten Kostenstrukturen ist es empfehlenswert, daß sich die weltweiten Im- und Exportströme in diesem Sektor umkehren.

Die genannten Argumente und Beispiele zeigen, daß dem Weltmarkt durchaus auch eine „positive“ Lenkungsfunktion zukommt. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank muß dies zur Kenntnis nehmen und aufarbeiten.

### *Deregulierung und Entstaatlichung*

Wie schon ausgeführt, haben die typischen Anpassungsprogramme von IWF und Weltbank eine ausgeprägte Deregulierungs- und Entstaatlichungskomponente. Wo immer möglich wird staatliche Regulierung durch eine Steuerung

---

11) Vgl. Sergej Salygin, Wie die Umleitung der sibirischen Flüsse gestoppt wurde. Ein Lehrstück über „glasnost“, Bürgerinitiative und die Schwierigkeiten der „perestroika“, in: „Blätter“, 5/1987, bes. S. 675 f.

# 13. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

25.5. - 28.5.1989 in Hamburg



»Große wirtschaftliche und technologische Projekte müssen in soziale und kulturelle Begleitprogramme eingebettet sein«

Lothar Späth

»Wenn du über die Erhaltung der Kultur sprichst, glauben sie immer, du redest von Nationalstolz, obwohl du tatsächlich über harte Nationalökonomie redest. Die teuerste Ware auf dem Weltmarkt ist nicht Gold oder Diamant, sondern Kultur.«

Obi Egbuna

Wenn bei uns von Afrika, Asien, Lateinamerika die Rede ist, dann meist im Zusammenhang von Verschuldung, Naturkatastrophen und Krieg. Dabei ist die wirtschaftliche und militärische Unterwerfung der Völker der drei Kontinente untrennbar verbunden mit einem Prozeß fortschreitender Zerstörung der jeweiligen Kulturen. An die Stelle ihrer Vielfalt rückt zunehmend die nivellierende Einheitskultur der westlichen kapitalistischen »Zivilisation«.

Und gerade in diesem Prozeß regt sich der Widerstand. Die Dekolonisierung der Köpfe und die Befreiung von politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung sind zwei Seiten einer Medaille.

Die für die Menschen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas viel selbstverständlichere Einheit von Kultur und Widerstand wird auch für unsere politische Praxis eine Forderung von zunehmender Dringlichkeit.

Das Ziel des diesjährigen Kongresses ist es, Mechanismen zu thematisieren, wie Herrschaftskultur sich darstellt, sich durchsetzt hier und in der Dritten Welt. Es soll unsere kulturelle Identität hinterfragt und überlegt werden, wie wir dazu beitragen können, daß die Anteile des kulturellen Widerstands und der kulturellen Vielfalt gestärkt werden können.

Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/39 31 56  
Postgiroamt Hamburg, Konto 791 12-201, BLZ 200 100 20

## Kultur und Widerstand



über Marktpreise ersetzt. Bezogen auf die Außenwirtschaft heißt dies z. B., daß Devisen nicht mehr staatlich zugeteilt, sondern auf neu eingerichteten Märkten ersteigert werden sollen. An die Stelle von Importverboten treten preisorientierte Zollsätze usw.

Eine solche Politik stößt in der Linken traditionell auf Skepsis. Scheint es doch eine gesicherte Erkenntnis zu sein, daß Marktmechanismen die Bessergestellten begünstigen, während diejenigen leer ausgehen, die ohnehin nichts haben. Demgegenüber wird dem Staat eher eine sozial gerechte Zuteilung von Devisen oder Ressourcen zugetraut.

Im Sinne dieser Argumentation wird man eine starke Präferenz für eine Wirtschaftspolitik haben, die versucht, die knapper werdenden Devisen (z. B. nach dem Rückgang des Ölpreises) nach einem sinnvollen Kriterienkatalog den Importeuren zuzuteilen, die davon im nationalen Interesse die beste Verwendung machen. Das linke Herz schlägt, wenn eine Verstaatlichung schon nicht möglich ist, für eine staatlich gesteuerte Begünstigung der Produzenten mit hoher lokaler Wertschöpfung etc. Nun besitzt ein solches Vorgehen viel Plausibilität, die Praxis zeigt allerdings, daß es vielfach nicht so funktioniert, wie es der Theorie zufolge funktionieren sollte.

Da die Staatsapparate in vielen Entwicklungsländern nun mal nicht aus selbstlosen Engeln bestehen, führt die staatliche Zuteilung neben gigantischer Korruption zu einer willkürlichen Importpolitik und daraus folgend zu einer völlig verzerrten nationalen Preisstruktur. Dies kann am Beispiel Nigerias geradezu klassisch nachvollzogen werden. Die staatliche Devisenzuteilung, die sich – auf dem Papier – an äußerst sinnvollen Kriterien ausrichten sollte, führte dazu, daß die schon in der Vergangenheit begünstigten und einflußreichen Montageindustrien weiterhin mit importierten Zulieferungen – wenn auch unzureichend – versorgt wurden, während die politisch schwachen Industriesektoren, die in erster Linie auf der Basis einheimischer Rohstoffe produzierten, wesentlich schlechter bedient wurden, als es ökonomischer Rationalität entsprochen hätte. Erst die Einführung eines Auktionssystems für Devisen hat zu einer deutlichen Umkehr dieser Tendenz geführt<sup>12)</sup>. Seit Einführung des Devisenmarktes expandieren die Industrien mit hoher lokaler Wertschöpfung. Ähnlich gelagerte Beispiele, wenn auch nicht in dieser Deutlichkeit, lassen sich auch in bezug auf Nicaragua nennen. Im Zusammenhang mit Nigeria ist auch der Satz geprägt worden, daß jedes staatliche Importverbot mindestens einen neuen Millionär aus den Reihen der Administration hervorbringt.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, daß eine Deregulierungs- und Entstaatlichungspolitik angesichts einer nicht vorhandenen optimalen Lösung immerhin die zweitbeste darstellen kann.

---

12) Vgl. den Bericht der Weltbank The Nigerian Structural Adjustment Program: Policies, Impact and Prospects, 30. September 1988, bes. S. 32 f.

### *Privatisierung*

Besondere Bauchschmerzen bereitet denen, deren Herz links schlägt, die ausgeprägte Privatisierungskomponente der Strukturanpassungsprogramme, haben wir doch alle gelernt, daß das Kapital in seinem Drang nach Profit im Zweifelsfall über Leichen geht. Die „Verschleuderung von Volkseigentum an profitgierige Privatleute“ stößt daher auf einhellige Ablehnung.

Nun ist die gegenwärtige Renaissance des Privateigentums in vielen auch sozialistisch regierten Entwicklungsländern nicht das Resultat einer intelligenten Verschwörung in Washington, sondern beruht auf den ausgesprochen bitteren Erfahrungen, die mit öffentlichem Eigentum gemacht wurden. Wenn Mosambik heute den britischen Konzern Lonrho zu traumhaften Bedingungen riesige Farmen betreiben läßt, dann tut es dies vor dem Hintergrund einer völlig gescheiterten Landwirtschaftspolitik (mit Parallelen in anderen afrikanischen Ländern), die durch zwei Kernelemente gekennzeichnet war:

– Entgegen öffentlichen Erklärungen flossen 80% der staatlichen Mittel für die Landwirtschaft nicht in die Unterstützung dörflicher Genossenschaften, sondern in kapitalintensive Staatsfarmprojekte. (Eine immer wiederkehrende Grundkonstante „sozialistischer Entwicklung“: das Mißtrauen in die Intentionen und Fähigkeiten des kleinen selbständigen und „egoistischen“ Bauern ist grenzenlos.)

– Diese Staatsfarmen wurden miserabel gemanagt, mit dem Resultat einer ungeheuren Verschwendung von Ressourcen.

Wenn man diese und viele andere Beispiele vor Augen hat, dann gewinnt das Plädoyer der Weltbank, die knappen Managementressourcen vieler Entwicklungsländer auf wenige zentrale Staatsaufgaben zu konzentrieren und andere Betätigungsfelder Privaten zu überlassen, an Plausibilität. Und in der Tat kann diese Privatisierungspolitik schon einige Erfolge vorweisen. Da, wo tausende Hektar Land brachlagen, werden, um bei dem Beispiel Mosambik zu bleiben, heute Nahrungsmittel verschiedenster Art angebaut, Hunderte von Arbeitern beschäftigt. Neben hohen Profiten für Lonrho bringen die Farmen, früher eine Quelle permanenter Verluste, auch Einnahmen für den Staat. Nun ist Lonrho sicher nicht in erster Linie an der Entwicklung Mosambiks, sondern an der Maximierung der eigenen Profite interessiert. Die Gefahr ist groß, daß dieser internationale Konzern z. B. durch eine entsprechende Festlegung von Verrechnungspreisen weit mehr als eine akzeptable Profitmarge außer Landes schafft. Um solche Praktiken nicht ausufern zu lassen, ist eine qualifizierte und motivierte Administration vonnöten, ein Gedanke, der den Weltbankplanern im übrigen nicht fremd ist<sup>13)</sup>.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß in vielen Entwicklungsländern – nicht unbedingt in allen – die Mischung von begrenzten, aber effizienten Staatsap-

---

13) Vgl. Weltentwicklungsbericht, a.a.O., S. 51 f.

paraten, privaten Wirtschaftsunternehmen (ggfs. von einigen wenigen strategischen Sektoren abgesehen) und funktionierender öffentlicher Kontrolle durch Presse, Aktionsgruppen in Metropolen und an der Peripherie bessere Resultate verspricht, als die sehr oft praktizierten staatssozialistischen Modelle.

### *Unvereinbare Interessengegensätze?*

Ein Axiom der linken Wahrnehmung weltwirtschaftlicher Verflechtung ist die These von den unvereinbaren Interessengegensätzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bzw. zwischen den Interessen der Armen in den Entwicklungsländern und den Eliten in der Ersten und Dritten Welt. In dieser Sichtweise sind IWF und Weltbank Instrumente in den Händen der Eliten der Ersten Welt, die über vielfache Interessenkongruenzen mit den Eliten der Dritten Welt verbunden sind<sup>14)</sup>.

Nun gibt diese mehr oder weniger vermittelt aus der Marxschen Klassenanalyse abgeleitete Argumentation durchaus zutreffend Ausschnitte der Wirklichkeit wieder. So steht in Lima jeder Liter Wasser, der in den reichen Vororten zum Sprengen des Rasens benutzt wird, nicht mehr als Trinkwasser für die Armenviertel zur Verfügung. Andererseits verstellt diese eingängige Vorstellung von Entwicklung als eines weltweiten Nullsummenspiels (die Armen können nur gewinnen, was den Reichen genommen wird) den Blick für vielfältige und komplexe Interessenkonstellationen, die mit dem Begriffsinstrumentarium „antagonistische Interessen“ nicht mehr adäquat zu erfassen sind. Ein Beispiel:

In einem afrikanischen Land ist Anfang der 70er Jahre mit nachhaltiger Unterstützung des Staatspräsidenten – des „Erfinders“ der *self reliance* – eine Düngemittelanlage aufgebaut worden, die zunächst ausschließlich und mittlerweile immer noch überwiegend auf der Basis importierten Düngers produziert. Trotz massiver indirekter staatlicher Subventionen (über die staatlich festgelegten Abnahmepreise) hat die Anlage aufgrund fehlender Devisen immer nur mit Bruchteilen ihrer geplanten Kapazität produzieren können. Inzwischen befindet sich die Anlage aufgrund nicht getätigter Reinvestitionen in einem so desolaten Zustand, daß sie entweder geschlossen oder von Grund auf erneuert werden muß. Eine volkswirtschaftliche Analyse zeigt, daß es für das besagte Land weniger Devisen kostet, in Zukunft Düngemittel zu importieren als die Anlage zu modernisieren. Rationale Politik wäre es nun, entsprechend zu verfahren und die eingesparten Subventionen für die Förderung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft einzusetzen. Mit dem Geld könnte eine Vielzahl der in der Düngemittelanlage zur Disposition stehenden Arbeitsplätze finanziert werden.

---

14) Vgl. Thomas Fues/Barbara Unmüßig, Entwicklungspolitische Strukturformen in der Dritten Welt: Die Weltbank als neue Hoffnungsträgerin?, in: „Peripherie“, 33/34, 1988, S. 64 ff.

Nun werden solche rationalen Politikansätze nur von Teilen der Administration unterstützt. Darunter befinden sich – vereinfacht gesagt – „geläuterte“ Linke und auch Neoliberale. Andere Sektoren der Administration – gekennzeichnet durch eine Mischung aus Romantizismus, ungebrochenem Glauben an die Segnungen der Industrialisierung und der zentralstaatlichen Planung sowie dem Interesse an persönlichen Vorteilen – halten an der offensichtlich gescheiterten Industrialisierungspolitik fest. Während die einen von der Mehrheit in der Weltbank unterstützt werden, stehen nicht wenige der anderen Seite auf der Gehaltsliste der Anlagelieferanten aus den Industrieländern, die lange Zeit ein unmittelbares Interesse an dieser Art von Industrialisierung hatten. Die „Gretchenfrage“ lautet nun, welche der beteiligten Konfliktparteien in dieser für Afrika durchaus typischen Auseinandersetzung welche Seite in dem klassischen Antagonismus von Kapital und Arbeit repräsentiert. Gute Arbeiter gegen böse Weltbank oder gute Bauern gegen böse Anlagelieferanten oder böse und gute Regierung (sprich Elite) gegen. . . Man sieht, das klassische „linke“ Begriffsinstrumentarium führt nicht weiter.

In diesem Zusammenhang wird vielfach die Vorstellung kultiviert, daß in den meisten Entwicklungsländern eine korrupte Elite sich mit Hilfe des Staatsapparates auf Kosten der Massen bereichere. Diese Elite könne sich nur mit Hilfe von Unterdrückung und durch die Unterstützung internationaler Finanzierungsinstitutionen an der Macht halten. Beim Wegfall dieser Unterstützung würden sich die Massen erheben und eine armenorientierte, effiziente Regierung an die Macht bringen.

Tatsache ist, daß die Eliten in vielen Entwicklungsländern ausgesprochen heterogen sind, daß es gegenüber rationaleren Wirtschaftspolitiken, die z. B. auf eine Förderung der Landwirtschaft oder auf eine effizientere Verwendung öffentlicher Mittel zielen, sehr komplexe Interessenkonstellationen gibt, die sich nicht einfach pauschal nach dem Unterscheidungskriterium arm oder reich in gut und böse auflösen lassen. Oftmals ist nicht ausgemacht, daß eine Regierungsübernahme durch junge fortschrittliche Militärs oder linke Universitätsprofessoren eine Wirtschaftspolitik zur Folge hat, die den Armen hilft. Die Strukturanpassungspolitik der Weltbank tritt mit dem Anspruch an, bei gegebenen Regierungsverhältnissen die rationaleren Sektoren zu stärken.

#### *IWF und Weltbank in der Systemauseinandersetzung*

Die Politik von IWF und Weltbank reflektiert natürlich nicht nur primär ökonomische Überlegungen, beide haben sich vielmehr schon kurz nach Gründung zu Instrumenten entwickelt, denen ein wichtiger Platz in der Systemkonkurrenz zukommt. Zum Teil haben sie deshalb völlig unabhängig von „ökonomischer Rationalität“ je nach geopolitischer Interessenlage an der Stabilisierung oder Destabilisierung von Regierungen mitgewirkt.

Nun breitet sich zumindest in bezug auf Teile der Dritten Welt (Afrika) auch in den tonangebenden westlichen Administrationen die Erkenntnis aus, daß die

Schablonen des Ost-West-Konfliktes nicht weiterhelfen. Die Tatsache, daß die Regierungen von Ghana, Simbabwe, Mosambik heute mit massiver westlicher Wirtschaftshilfe rechnen können, ist vermutlich nicht nur vor dem Hintergrund zu sehen, daß diese Länder wieder ins westliche Lager eingemeindet werden sollen. Eine solch vordergründige Begründung, die sich natürlich in allen Regierungsvorlagen findet, verdeckt nur, daß auch eine Reihe konservativer Politiker erkannt haben, daß in Afrika Kategorien wie „rechts“ und „links“ keine Entsprechung in der Wirklichkeit haben. Dieses neue Denken bei einigen Konservativen hat eine Parallele in aktuellen Diskussionen in den sozialistischen Ländern, wo ebenfalls eine Abkehr von der „manichäisch-bipolaren“ Nullsummenperspektive, wonach jede Seite automatisch gewinnt, was die andere verliert, festzustellen ist<sup>15)</sup>. Damit wird es in Teilen der Welt möglich, sozusagen unabhängig von dem Bezugsrahmen Systemkonkurrenz tatsächlich in erster Linie über die Effizienz bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen in bezug auf „Entwicklung“ und Beseitigung der Armut zu diskutieren.

#### *Ansatzpunkte für die Kritik der Strukturanpassungspolitik*

Geht man nicht von einer grundsätzlichen Ablehnung des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems aus, lassen sich wenig systematische Einwände gegen die Notwendigkeit einer Strukturanpassungspolitik formulieren. Inwieweit die mit dieser Politik von der Weltbank verbundenen Versprechungen allerdings tatsächlich eingelöst werden, kann nur in detaillierten Länderstudien untersucht werden. Es könnte sein, daß eine solche empirische Untersuchung in den meisten Fällen Resultate erbringt, die zu einer sehr massiven Kritik einiger Kernelemente der vorgeschlagenen Anpassungspolitik führen. Dabei wären unter anderem die folgenden Fragen zu untersuchen.

- Inwieweit wird eine letztlich doch sehr schematische wirtschaftspolitische Rezeptur der komplexen Realität in den meisten Entwicklungsländern gerecht?
- Wie wirken sich die vorgeschlagenen Politiken auf die Armen aus und welchen Stellenwert hat die Armutsbekämpfung (jenseits verbaler Bekundungen) im Rahmen der Anpassungsprogramme? Inwieweit ist man bereit und in der Lage, für die Beurteilung der Erfolge in der Armutsbekämpfung aussagekräftige Indikatoren jenseits der traditionellen Sozialproduktkennziffern zu finden? Sind die aufgelegten Sozialprogramme im Sinne der Armutsbekämpfung tatsächlich effizienter als die gekürzten Subventionen? Überfordern sie nicht in vielen Entwicklungsländern die ohnehin begrenzten und schwach ausgebildeten Trägerkapazitäten?
- Inwieweit zielt die vorgeschlagene Politik tatsächlich auch auf den notwendigen Abbau von Privilegien, die Einführung einer effizienten Besteuerung,

15) Hans-Joachim Spanger, Ernüchternde Bilanz – Auch die „DDR-Entwicklungspolitik“ zeitigt wenige Erfolge, in: „ILA-Info“, Nr. 118, September 1988, S. 10.

auf Agrarreformen? Ist die Durchsetzung einer Strukturanpassungspolitik nicht in den meisten Fällen auf eine Kooperation mit denjenigen angewiesen, deren Privilegien eigentlich beschnitten werden müßten?

– Steht die vorgeschlagene Exportorientierung jeweils in einem angemessenen Verhältnis zu den Erfordernissen der internen Entwicklung<sup>16)</sup>? Welches sind die ökologischen Konsequenzen einer forcierten Exportorientierung? Wird nicht durch die vielfach vorgeschlagene Politik der Erhöhung der Produktion klassischer „cash crops“ wie Kakao, Kautschuk, Palmöl das schon existierende Überangebot auf dem Weltmarkt nur noch erhöht?

– Bedingt die verordnete Strukturanpassung, die ja in der Regel durch die Gewährung massiver Kredite begleitet wird, nicht eine äußerst riskante Verschuldungspolitik, die die erzielten Stabilisierungserfolge schon bei geringfügiger Verschlechterung externer Faktoren (Witterung, Sinken der Weltmarktpreise für zentrale Agrarexporte) gefährdet?

### *Die Dritte-Welt-Bewegung steht sich selbst im Weg*

Eine alternative Entwicklungs- und Außenpolitik, die sich auf die genannten spezifischen Fragen konzentriert und vom „ideologischen Ballast“ befreit, wird ihre Chance, in existierende „Entwicklungspolitik“ verändernd einzugreifen, schon deshalb erhöhen, weil eine Reihe von Politikblockaden entfallen.

Wie sich die überkommene Dritte-Welt-Arbeit zum Teil selbst im Wege steht, sei abschließend an drei Beispielen veranschaulicht:

– Große Teile der Nicaragua-Bewegung tun sich zur Zeit ausgesprochen schwer, eine politisch wirksame und durchschlagende Kampagne für die Wiederaufnahme der staatlichen Entwicklungshilfe auf den Weg zu bringen. Da heute im Gegensatz zu früher die „Gefahr“ besteht, daß eine solche Kampagne Erfolg hat, könnte es aus Sicht vieler Nicaragua-„Bewegter“ sein, daß jetzt politische Kraft für eine Hilfe mobilisiert wird, die später sicher auch – nicht zuletzt aufgrund des Wunsches der nicaraguanischen Regierung – dem Privatsektor in Nicaragua zugute kommen wird. Und das ist für jeden „aufrechten Antiimperialisten“ natürlich nicht akzeptabel. Aus dieser Sicht ist es schlecht für die Nicaraguaner, wenn sich dort gezeigt haben sollte, daß private Bauern effizienter arbeiten als Staatsfarmen. Ein Anlaß für die Korrektur des eigenen Weltbildes besteht nicht.

– Die Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit anlässlich der IWF/Weltbank-Tagung war sicher ein herausragender Erfolg. Schon jetzt scheint sich abzuzeichnen, daß diese Mobilisierung den Charakter eines Strohfeuers hatte. Es zeigt sich, wie leicht es fällt, anknüpfend an Großereignisse medienwirksam „Negativkoalitionen“ zu schmieden, um wieviel schwieriger es aber ist, für

---

16) Vgl. Robin Broad/John Cavanagh, No More NICs, in: „Foreign Policy“, Nr. 72, Fall 1988, S. 98 ff.

konkrete konstruktive Forderungen wie die nach einem Schuldenerlaß kontinuierlich politischen Druck zu entfalten. Wenn sich die Diskussion über die Modalitäten für einen Schuldenerlaß für Schwellenländer heute weitgehend in die führenden Zeitungen der Finanzwelt („Wall Street Journal“ und „Financial Times“) verlagert hat<sup>17)</sup> und politisch in der Bundesrepublik kaum noch eine Rolle spielt, dann ist dies auch Konsequenz einer Kampagnenführung, die bis zuletzt nicht wirklich ausdiskutiert hat, ob die Forderung nach einem Schuldenerlaß nicht allein schon deswegen abzulehnen sei, weil ihre Verwirklichung zu einer Stärkung des vorherrschenden Weltwirtschaftssystems führen könnte<sup>18)</sup>.

– Aus der Sicht des entwicklungspolitischen Praktikers ist zudem folgendes Phänomen aufschlußreich. Ein Merkmal der Ökologiebewegung ist ihr relativer Erfolg. Bis in die höheren Etagen von Unternehmen und Behörden wird heute immerhin so ernsthaft über ökologische Fragen nachgedacht, daß ein junger umweltbewegter Mensch heute darauf rechnen kann, in etablierten Institutionen „Karriere“ zu machen, ohne allzuviel von den Überzeugungen aufgeben zu müssen. In der Umweltfrage zeigt sich, wie Druck von außen und Wandlung der Institutionen von innen zusammengenommen relevante – wenn auch noch völlig unzureichende – Resultate produzieren. In den Institutionen, die sich bilateral und multilateral mit der Abwicklung von Entwicklungshilfe befassen, läuft die persönliche Entwicklungsdynamik engagierter Menschen, die naturgemäß oft eine Vergangenheit in der Dritte-Welt-Bewegung haben, dagegen anders. Der Kontakt zur Dritte-Welt-Bewegung schläft ein, ein Austausch findet – vom Bereich Ökologie und Dritte Welt abgesehen – kaum statt. Dieses Phänomen ist nun nicht in erster Linie Resultat eines vorhandenen Anpassungsdrucks, sondern Ausdruck der Tatsache, daß die in der Dritte-Welt-Bewegung vorherrschenden Erklärungsmuster oft in einem krassen Widerspruch zu den in der beruflichen Praxis gewonnenen Erfahrungen stehen<sup>19)</sup>.

Das Auseinanderklaffen von Entwicklungsländerforschung und professionellem Engagement in der Dritten Welt auf der einen und Dritte-Welt-Bewegung und Aus- und Weiterbildung zu diesem Thema auf der anderen Seite ist ein Grund dafür, daß eine konzeptionelle politikfähige Alternative zur Entwick-

17) Vgl. Shafiq Islam, A Realistic Plan for Latin Debtors, in: „Wall Street Journal“, 6. Februar 1989.

18) In der Kampagne einigte man sich auf die Forderung nach einer „globalen, umfassenden und sofortigen Schuldenstreichung“ (vgl. die Erklärung des Internationalen Gegenkongresses, dokumentiert in „Blätter“, 11/1988, S. 1406 ff.). Die „Radikalität“ dieser Forderung war sicher für eine Reihe der Anwesenden der Grund, ihr zuzustimmen: Da es wirklich wenig Sinn macht, z. B. einem Land wie Südkorea die Schulden zu erlassen – auch nicht aus südkoreanischer Sicht –, kann man sicher sein, daß diese Forderung nie verwirklicht wird, womit wieder einmal bewiesen wäre, daß das kapitalistische Weltssystem nicht reformierbar ist.

19) Vgl. in diesem Zusammenhang die scharfe aber zutreffende Polemik von Ulrich Menzel (in: „blätter des iz3w“, Nr. 155, Februar 1989, S. 42 ff.) unter dem Titel „Ohne Theorie keine Praxis“, in der der Autor darauf hinweist, daß tausende von Multiplikatoren in Schulen, Fortbildungseinrichtungen, die ja einen wichtigen Teil der Dritte-Welt-Bewegung ausmachen, immer noch einem platten Aufguß dessen reproduzieren, was sie vor 15 Jahren an der Universität über das Verhältnis zwischen Erster und Dritter Welt gelernt haben, ohne auch nur ansatzweise zur Kenntnis zu nehmen, zu welchen Resultaten die Entwicklungsländerforschung in der Zwischenzeit gekommen ist.

lungshilfepolitik der Bundesregierung zur Zeit nicht zu erkennen ist. Auch wenn man sich darüber im klaren ist, daß die Ausarbeitung einer solchen Alternative angesichts der Komplexität der Dritten Welt und ihrer Beziehungen zur Ersten Welt ausgesprochen schwierig ist, bleibt es erstaunlich, daß eine starke „soziale Bewegung“ wie die Dritte-Welt-Bewegung (von Einzelbereichen abgesehen) so wenig konstruktive und durchdachte Politikalternativen anzubieten hat. Die Kolleginnen und Kollegen aus der Friedens- und Umweltbewegung sind da wesentlich weiter. Anlaß zum Nachdenken besteht also genug.

## **Schwarze Haut, weiße Masken**

### **Zur Aktualität Frantz Fanons**

Von Sabine Kebir

*Im Rahmen der entwicklungspolitischen Diskussion hat der „kulturelle Faktor“, lange in eine Nebenrolle abgedrängt, seit einiger Zeit Konjunktur. Die Wiederentdeckung erfolgte innerhalb der staatlichen und halboffiziellen „Entwicklungszusammenarbeit“ in Form von „Kulturförderungs“- oder „-austauschprogrammen“ und „Kulturverträglichkeits“prüfungen, d. h. die Berücksichtigung „kultureller Entwicklungsfaktoren“ bei der Projektplanung.*

*Gleichzeitig gewinnt der Diskurs über die Bedeutung von „Kultur“ bei den Emanzipationsbestrebungen der Dritten Welt, über „Kultur und Widerstand“ (so das Thema des 13. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen vom 25. bis 28. Mai 1989 in Hamburg), neue Bedeutung. Dabei wird die Frage nach dem Verhältnis ökonomischer, politischer, kultureller und psychologischer Aspekte von Unterdrückung und Befreiung aufgeworfen. Frantz Fanon, Arzt und Schriftsteller im algerischen Unabhängigkeitskampf Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre, hat vor allem in seinem Hauptwerk „Die Verdammten dieser Erde“ die Verknüpfung dieser Faktoren aufgezeigt und für deren Zusammenführung auch in der politischen Praxis plädiert hat. Mit der Aktualität Frantz Fanons beschäftigt sich Sabine Kebir im nachstehenden Beitrag. D. Red.*